

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 21 (1941-1942)
Heft: 8

Artikel: Wirtschaftliche Demokratie
Autor: Wild, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-334286>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fortschritte. Ohne diese geistig-seelische Aufnahmebereitschaft wäre es dem Landesring der Unabhängigen trotz der von ihm aufgewendeten wahrhaft riesenhaften Propagandamittel nicht gelungen, in Zürich, dem Ausgangspunkt der ganzen Duttweilerbewegung, einen solch großen Wahlerfolg zu erzielen. Die eigentlich proletarischen Wählermassen sind übrigens der Landesringpropaganda auch am 22. März 1942 in Zürich weit weniger erlegen, als das «Stehkragenproletariat», die Angestellten und Beamten sowohl der öffentlichen als der privaten Betriebe. Von diesem Hinströmen zum Landesring ließen sich sehr viele Festbesoldete auch durch die denselben Aufklärungs- und Atomisierungstendenzen dienende Hetz- und Haßkampagne des Bundes der Subventionslosen nicht abhalten. Was der Elefantenklub vor dem 22. März 1942 zur kollektiven und individuellen Beschimpfung und Verächtlichmachung der öffentlichen Funktionäre geleistet hat, läßt sich nicht beschreiben.

Dazu kam dann erst noch die destruktive Tätigkeit der Kommunisten, deren einzige Sorge bei den Zürcher Wahlen die Schwächung der sozialdemokratischen Position war, zu welchem Zweck sie die Arbeiterquartiere mit ihren Zirkularen und Flugblättern unmittelbar vor dem Wahltag regelrecht überschwemmt.

Wer in dieses ganze Getriebe hineingesehen hat, kann sich über das Wahlergebnis des 22. März nicht sonderlich verwundern. Zur Kopfhängerei ist aber trotz alledem kein Anlaß. Wir haben eine Wahlschlappe erlitten, die uns im Gemeindeparlament erheblich geschwächt, uns vorübergehend zurückgeworfen hat. Die Scharte werden wir wieder auszuwetzen, uns der Konjunkturritter von der traurigen Gestalt, die aus der Verworrenheit der ganzen Weltlage wie aus der von ihr hervorgerufenen Verworrenheit der Gemüter Nutzen gezogen haben, ein anderes Mal ganz und gründlich zu erwehren wissen.

Wirtschaftliche Demokratie

Von Otto Wild

In der englischen Arbeiterpartei und in dem Kreis von Gelehrten und Schriftstellern, die sich in England mit dem Problem der Nachkriegszeit befassen, wird immer wieder die Überzeugung ausgesprochen, daß keine Rettung aus dem Chaos der heutigen Verhältnisse, und daß kein längerer Friede möglich ist, wenn nicht auch die wirtschaftlichen Grundlagen gründlich geändert werden. Wie politisch eine fruchtbare Zusammenarbeit aller nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Demokratie, möglich ist, so ist auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Menschen und aller Staaten eine notwendige Voraussetzung für die geordnete Zusammenarbeit in der inneren und äußeren Politik. Die englische Arbeiterpartei hat schon im November 1939 eine Deklaration veröffentlicht, in der es unter anderem heißt:

«Nicht weniger gefährlich als die politische ist die ökonomische Anarchie der Welt. Wenn der Krieg zu Ende ist, wird es ein weitverbreitetes ökonomisches Chaos geben.»

misches Chaos und große Armut geben. Gleichzeitig wird die drastische Einschränkung der Rüstungen, welche wir beabsichtigen, eine ungeheure industrielle Kapazität freigeben, die verloren ginge, wenn nicht Schritte unternommen werden, um sie in Bahnen zu leiten, wo sie von Nutzen für die Menschheit sein wird.

Für diesen Zweck müssen internationale Institutionen geschaffen werden. Es ist mindestens ebenso wichtig, die Reichweite und Autorität des Internationalen Arbeitsamtes zu erweitern.

Dieses sollte die Aufgabe erhalten, internationale Mindestnormen für Löhne, Arbeitsstunden und Arbeitsbedingungen vorzubereiten und den Lebensstandard der Arbeiterschaft durch die Erhöhung der Produktion, durch eine gerechtere Verteilung und durch die Werte, die früher für Rüstungen aufgegangen sind, überall zu erhöhen. Denn der Friede hängt ebenso sehr von sozialer Gerechtigkeit innerhalb der Staaten wie von politischer Gerechtigkeit zwischen den Staaten ab.»

Ähnliche Darlegungen sind in England in der Diskussion über den künftigen Frieden immer wieder zu hören.

Auch nach dem ersten Weltkrieg war in den breiten Massen, besonders der unterlegenen Länder, das unklare Empfinden vorhanden, daß eine neue wirtschaftliche Ordnung eingeführt werden müsse. Die Arbeiter forderten stürmisch Mitbestimmungsrecht in den Betrieben. In einigen Gegenden Deutschlands unternahm man Sozialisierungsversuche. Auch die Arbeiterräte, die in der ersten Nachkriegszeit sowohl in Deutschland wie in Österreich als parlamentarische Organe der Regierung funktionierten, waren ein Versuch, den Arbeitern Einfluß auf das ganze Wirtschaftsleben zu sichern. Dieses stürmische Drängen der Arbeiter nach dem wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht war eine Folge der Kriegsverhältnisse. Die Arbeiter waren während des Krieges in den Betrieben unter militärischem Kommando gestanden. Sie waren ihrer Rechte beraubt und mußten, schlecht genährt, unter Todesdrohung, ihre letzte Kraft daransetzen, die Kriegsproduktion in Gang zu halten. Druck erzeugt Gegendruck. Als nach dem Krieg der Terror in den Betrieben aufhörte, schlug das Pendel nach der andern Seite aus. Die Arbeiter forderten die Sozialisierung der Betriebe, das Bestimmungsrecht über die Wirtschaft. Der Radikalismus stand in Blüte. Es war ein unklares Bedürfnis, die alten Grundlagen der Gesellschaft zu zerschlagen, weil diese Gesellschaft soviel Unterdrückung und Not über das Volk gebracht hatte. Aber es fehlte auch die Klarheit darüber, wie das Neue aufgebaut werden sollte.

Wenn man vor dem ersten Weltkrieg über Sozialisierung gesprochen hatte, so sprach man darüber wie über eine ferne Zukunftsaufgabe, die einmal, vielleicht schon in hundert Jahren, aktuell werden wird. Über die Einzelheiten nachzudenken, war zwecklos, man wußte doch, daß auch Karl Marx es abgelehnt hat, Projekte für einen Zukunftsstaat auszuarbeiten. In den Jahren 1918 und 1919 wurde viel über Sozialisierung und Wirtschaftsdemokratie gesprochen und geschrieben. Aber es fehlten die Kräfte, die imstande gewesen wären, in der schwierigen Situation jener Zeit eine neue Wirtschaftsorganisation aufzubauen. Die Arbeiter selbst, die bei zehn- und zwölfstündiger Arbeitszeit ihre ganze Kraft in der Teilarbeit verbrauchten, konnten nicht einmal den Betrieb über-

blicken, in dem sie arbeiteten. Die Gewerkschaften hatten sich vorher nicht mit diesem Problem befaßt. Sie hatten tüchtige Fachleute für Lohnverhandlungen, für Arbeiterschutz, für gewerkschaftliche Organisation, aber nicht für die Leitung von Großbetrieben oder gar für die Organisation der staatlichen Wirtschaft nach neuen Methoden. Die Arbeiterparteien hatten tüchtige Redner und Schriftsteller, hervorragende Lehrer und Parlamentarier, ja sogar einige Theoretiker der Nationalökonomie, aber keine Männer der praktischen Wirtschaft.

In der kapitalistischen Ordnung stehen die Wirtschaftsorganisatoren immer dort, wo die Aussicht vorhanden ist, viel Geld zu verdienen, also nicht auf seiten der Arbeiter. Dazu kommt, daß der aus Arbeiterkreisen aufgestiegene Politiker oder Gewerkschafter leicht geneigt ist, den Fachmann im wirtschaftlichen oder staatlichen Betrieb zu überschätzen. Der an die Regierung gelangte Arbeitervertreter fürchtete, seinen eigenen Mangel an Fachkenntnissen zu offenbaren, wenn er zu seinem höchsten Beamten, dem Fachmann, in Gegensatz geraten sollte, er hielt diesen Fachmann für unersetzlich. Die Vertreter der Arbeiter kamen in die Regierungen der Städte, der Länder und des Staates, aber die Regierungsgewalt lag vom ersten Tage an bei den sogenannten Führern der Wirtschaft, bei den reaktionären Beamten, bei der weißgardistischen Generalität. Aus dieser tragischen Situation mußten sich jene Verhältnisse entwickeln, die zum zweiten Weltkrieg geführt haben. Wie im staatlichen Apparat, in der Beamtenschaft, in der Justiz und in der Armee, so blieb auch in der Wirtschaft die Macht in den Händen der «Fachleute».

Als die hervorragendsten Fachleute der Wirtschaft galten damals die Leiter des IG.-Farben-Trusts. In der Öffentlichkeit war die falsche Meinung verbreitet, daß die IG.-Farben nur ein Trust der chemischen Industrie seien. Durch horizontale und vertikale Verbindungen waren die IG.-Farben jedoch mit allen großen Konzernen Deutschlands eng verbunden. Sie hatte ihre eigenen Banken, ihre eigenen Zeitungen, sie kaufte ständig Betriebe auf, vielfach nur, um sie stillzulegen und die Produktion in besonders hoch rationalisierten Betrieben zu konzentrieren. Es lag in der Macht der IG.-Farben, Unordnung in das Wirtschaftsleben zu bringen, die Arbeitslosigkeit zu vergrößern, die Inflation zu beschleunigen, die Preispolitik, die Lohnpolitik und alle sonstigen wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung zu stören und zu verhindern. Solange ihre Macht nicht gebrochen war, konnte niemand in Deutschland gegen die IG.-Farben regieren.

Schon im kaiserlichen Deutschland waren die Beherrscher der IG.-Farben die wirtschaftlichen Ratgeber der Regierung, und sie sind dies auch nach dem ersten Weltkrieg geblieben. Man hat einen ihrer Generaldirektoren, den Herrn Geheimrat Schmitz, in der Zwischenkriegszeit oft gebeten, er möge Finanzminister werden. Er hat dies immer abgelehnt. Es gefiel ihm viel besser, daß alle Finanzminister zu ihm kommen mußten, seinen Rat zu erbitten. Es gefiel ihm besser, daß er seine Untergebenen als Ministerialdirektoren und Staatssekretäre in die Ministerien einsetzen konnte, um die Minister von seinen Untergebenen abhängig zu machen.

Unter einer solchen Wirtschaftsmacht konnte von Sozialisierung und dergleichen keine Rede sein. Wo sie versucht wurde, war sie bald nieder-

geschlagen. Der Rest der geschlagenen kaiserlichen Armee hat damals im Kampf gegen «den inneren Feind» große Siege erfochten. Die Führer der Armee sorgten gemeinsam mit den Wirtschaftsführern dafür, daß ein Bestimmungsrecht der breiten Massen über die Wirtschaft nicht verwirklicht werden konnte. Als Ersatz wurde den Arbeitern die sogenannte Betriebsdemokratie gewährt. Ein Gesetz sicherte den Arbeitern das Recht, Betriebsräte zu wählen.

Nach der Absicht der Gesetzgeber sollten die Betriebsräte die Demokratie in den Betrieben verwirklichen. In einzelnen mitteleuropäischen Ländern wurde sogar durch Gesetz bestimmt, daß in den Verwaltungsrat jeder Aktiengesellschaft ein Arbeiter hineingewählt werden müsse. Wenn man unter Demokratie gleiches Mitbestimmungsrecht versteht, wird man sofort sehen, daß diese Maßnahmen an den Verhältnissen nichts ändern konnten. Der Arbeiter, der von seinen Kollegen zum Betriebsrat gewählt wurde, um mit den Unternehmern gemeinsam über Betriebsangelegenheiten zu beraten, hatte weder die Macht noch die Kenntnisse, sich auch nur wirklichen Einblick in die finanziellen Verhältnisse in den Betrieben zu verschaffen. Das gelingt oft nicht einmal den staatlichen Behörden, die tüchtige Buchrevisoren zu ihrer Verfügung haben. Daß erfahrene Unternehmer in einem Verwaltungsrat einer Aktiengesellschaft mit einem einfachen Arbeiter fertig werden, noch dazu, wenn die Unternehmer die übergroße Mehrheit besitzen, darüber ist kein Zweifel möglich. Die gesetzlichen Betriebsräte sind fast nie etwas anderes gewesen, als was schon früher die Vertrauensmänner der Arbeiter in den Betrieben waren, diejenigen, die dem Unternehmer die Wünsche und Forderungen der Arbeiter in bezug auf die Arbeitsverhältnisse zur Kenntnis brachten. Vom Mitbestimmungsrecht, das die Arbeiter gefordert hatten, war nicht viel übrig geblieben.

Auch durch sogenannte Wirtschaftsräte hat man versucht, wirtschaftliche Demokratie zu verwirklichen. Es waren dies Körperschaften, in denen die wichtigsten Wirtschaftskreise, vor allem die Unternehmer und die Arbeiter, vertreten waren. Pläne, Vorschläge, Gesetzesvorlagen in wirtschaftlichen Angelegenheiten sollten in dieser Körperschaft ausgearbeitet werden. Es genügt, von diesen Körperschaften zu wissen, daß sie nur zu beraten hatten, daß also die wirtschaftlichen Machtverhältnisse durch sie nicht geändert wurden.

Es ist die Erkenntnis, daß ohne eine gründliche Umgestaltung des Wirtschaftslebens die Ordnung der politischen Verhältnisse nicht hergestellt werden kann, die jetzt, besonders in England, Wissenschaft und Publizistik so heftig bewegt. Im Kriege wird es besonders offenbar, daß die Gewinninteressen des Unternehmers und Händlers in Widerspruch stehen zu den Interessen der Allgemeinheit. Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens sind Eingriffe des Staates notwendig, um den Gewinninteressen der Einzelnen Schranken aufzuerlegen. Auch im Frieden hat man überall lebenswichtige Betriebe, wie Wasser- und Gasversorgung, Post und Eisenbahnen der privaten Gewinnwirtschaft entzogen, weil es offenkundig ist, daß die Interessen der Allgemeinheit mit privaten Unternehmerinteressen in diesen Zweigen der Wirtschaft nicht zu vereinbaren

sind. Im Krieg werden jedoch viel mehr Produktionszweige lebenswichtig. Und da man im Krieg nicht die Verstaatlichung der ganzen Wirtschaft vornehmen kann, behilft man sich mit Krisenmaßnahmen, die jedoch die Allgemeinheit mehr belasten als den privaten Unternehmer.

Dazu kommt die weitere Erkenntnis, daß die auf Privatgewinn aufgebaute Ordnung immer wieder zu neuen Kriegen führen muß. Sie führt bei den gegenwärtigen technischen Möglichkeiten unweigerlich zur Alternative: Exportieren oder sterben!

In den kriegführenden Ländern fühlt man darum stärker als in den neutralen, daß die bisherige Wirtschaftsordnung keine Existenzberechtigung mehr hat. Die freie Konkurrenz ist so gut wie ausgeschaltet, nicht nur durch die Kartelle und Vereinbarungen der Unternehmer- und Händlerorganisationen, sondern auch durch staatliche Eingriffe. Fast das ganze Wirtschaftsleben ist aufgebaut auf Subventionen, Preisstützungsaktionen, Garantien des Staates. Das heißt, jedes wirtschaftliche Risiko ist auf den Staat überwältzt. Der Staat übernimmt die Aufgabe, jedes größere Unternehmen, weil es lebenswichtig ist, vor Verlust zu schützen, ihm also Gewinn zu sichern. Aber auch die vielgerühmte private Unternehmerinitiative geht immer mehr auf staatliche Einrichtungen über. Behörden und Kommissionen sind es, die bestimmen, was und wie produziert werden soll. Unter diesen Umständen kommen auch Kreise, die durchaus bürgerlich eingestellt sind, zu der Überzeugung, daß wirtschaftliche Demokratie zu einer unbedingten Notwendigkeit geworden ist, und daß sie nur in einer *kollektivistischen Wirtschaftsform* zu verwirklichen ist.

Der Schriftsteller H. G. Wells hat dem wissenschaftlichen Kongreß, der unlängst in London zusammentrat, um Probleme des kommenden Friedens zu beraten, den Entwurf einer Erklärung der Menschenrechte vorgelegt, die mit folgenden Sätzen eingeleitet ist:

«Im Zeitraum von kaum mehr als hundert Jahren hat sich eine vollständige Umwälzung der materiellen Bedingungen des menschlichen Lebens vollzogen. Erfindung und Entdeckung haben das Tempo und die Art der Verbindungen rund um die Erde so sehr verändert, daß die Entfernungen, die ehemals die Staaten und Völker der Menschheit voneinander trennten, faktisch verschwunden sind.

Gleichzeitig hat ein so gigantischer Zuwachs an mechanischer und eine solche Freimachung menschlicher Energie stattgefunden, daß die Möglichkeit für die Menschen, miteinander zusammenzuwirken oder aber einander zu schädigen und zu unterdrücken, desgleichen die Möglichkeit, den Reichtum der Natur entweder zu genießen und zu entwickeln oder aber zu vergeuden, über jeden Vergleich mit früheren Zeiten hinaus erhöht worden ist.

Dieser Wandlungsprozeß hat sich im Lauf des letzten Dritteljahrhunderts rasch und stetig gesteigert und nähert sich nun seinem Höhepunkt. Es wird unerlässlich, das Leben und die Einrichtungen der Menschen den wachsenden Gefahren und den wachsenden Gelegenheiten dieser neuen Bedingungen anzupassen. Die Menschen sind gezwungen, innerhalb des bunten Haufens selbständiger Staaten, die bisher ihren politischen Zwecken gedient haben, eine Zusammenarbeit zu organisieren. Gleichzeitig sind sie genötigt, ihr wirtschaftliches Leben vor der Verwüstung durch das ungeheure Anwachsen profitsuchender Geschäfts- und Finanzmächte zu retten. Politisch, wirtschaftlich und sozial werden sie zur Kollektivisierung gezwungen.»

Es ist nicht die Stimme eines einzelnen hervorragenden Mannes, die so spricht. Die große Diskussion, die in England über diese Frage seit Jahren geführt wird, hat ergeben, daß weit über die Kreise der englischen Arbeiterpartei hinaus viele im englischen Geistesleben hochgeachtete Namen unter solchen Äußerungen zu finden sind. Wenn auch die Verhältnisse in den noch neutralen Ländern keinen Anlaß geben, das Problem in solcher scharfen Beleuchtung zu sehen, so ist es doch wichtig, zu erfahren, wie man in dem einen kriegführenden Land die Zukunft sieht. Wie man in dem andern kriegführenden Land die Stellung der kleinen Staaten und ihrer Menschen gestalten will, ist bekannt.

Es ist fraglich, ob die englische Arbeiterpartei auch nach einem Sieg Englands stark genug sein wird, ihre Friedensziele zu verwirklichen, wenn auch die Arbeiterpartei in der englischen Regierung stark vertreten ist und ihre Ziele weit über die Kreise der Arbeiter hinaus Anhänger gefunden haben. England wird im Falle eines Sieges über die Gestaltung des Friedens nicht allein zu bestimmen haben. Amerika will gleichfalls die künftige Gestaltung der Welt sehr kräftig beeinflussen, und es liegen bereits offizielle Äußerungen darüber vor, daß Amerika den freien Handel und eine unbehinderte Wirksamkeit des Kapitals sichern will. Auch die Atlantik-Deklaration deutet, wenn auch in sehr vorsichtigen Worten, diese Entwicklung an. Eine starke Tendenz zur Kollektivisierung dürfte jedoch, immer einen Sieg der Angelsachsen vorausgesetzt, von Mitteleuropa ausgehen. Ein Uhrpendel, das an einer Seite festgehalten war, schlägt, wenn es losgelassen wird, immer nach der Gegenseite aus. Das Kapital und die Produktion haben in Mitteleuropa vielfach ihren Besitzer gewechselt, aber der Besitz ist geblieben, und sein antikollektivistischer Charakter ist so ausgeprägt, daß er nicht einmal einen Konsumverein neben sich duldet. Es ist damit zu rechnen, daß das Pendel, von dem die Rede war, mit der Kraft eines Naturgesetzes nach der andern Seite ausschlagen wird. Das ist eine Entwicklung, die in den Verhältnissen liegt und die sich weder fördern noch verhindern läßt.

Die Änderungen, die in der Welt zu erwarten sind, werden ihre Rückwirkungen *überall* ausüben. Kein Land wird sich diesen Wirkungen entziehen können. Auch im neutralen Gebiet ist es darum notwendig, sich mit diesen Fragen vertraut zu machen. Man muß diejenigen zu verstehen suchen, deren Land Kriegsgebiet ist oder war. In diesen Ländern hat man mehr über die Kriegsursache nachgedacht und darüber, wie der baldige Ausbruch eines neuen Krieges verhütet werden kann. Man ist dort zur Überzeugung gekommen, daß die wirtschaftliche Demokratie eines der wichtigsten Mittel zur Sicherung des Friedens ist, sowohl national wie international. Je nach der Einstellung der Teilnehmer an den Diskussionen wird der Begriff wirtschaftliche Demokratie verschieden aufgefaßt. Einzelne verstehen darunter erhöhte Lebenssicherung für alle, andere glauben, daß nur der Kollektivismus die wirtschaftliche Demokratie verwirklicht. Aber alle sind darin einig, daß die gegenwärtige Wirtschaftsordnung umgestaltet werden muß.